

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 30/23-27) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 27.08.2026,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:25 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer
Anita Ipach
Lars Köke
Gabriele Mahro

Anke Maurer
Janne Müller
Colin Nolte
Johannes Osterkamp

Azalea Rahman
Britta Schmidt
Udo Schmitz
Martina Tallgauer-Bolte

Fehlend: Christian Kok (e), Vibke Martens (e), Judith Maschke (e), Kai Stührenberg (e), Renee Wagner

Referent:innen: Petra Kodré (SASJI), Tobias Lehr (SASJI)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, BV = Beschlussvorschlag,
OAL = Ortsamtsleitung, SASJI = Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration,
FA = Fachausschuss

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- [Die Petentin](#) der Petition „[S21-334 Auflösung des Szenetreffs An der Piepe](#)“ bittet darum, während der Debatte unter TOP 6 einige Ausführungen mitteilen zu dürfen.
- [Die Petentin](#) der Petition „[S21-307 Übergangswohnheim Häschenstraße](#)“ bittet ebenfalls darum, ein paar Minuten während der Beratung zu TOP 4 sprechen zu dürfen.

• Berichte des Beiratssprechers

- Der BS teilt mit, dass die Abwesenheitsvertretung der OAL kürzlich geheiratet und dabei einen neuen Namen angenommen habe. Vormalig Herr Heinemann trage nun den Namen Söntgerath.

• Berichte des Amtes

- Die OAL berichtet, dass der Verein „Erinnern für die Zukunft e.V.“ anlässlich des 85-jährigen Jahrestages der Deportation der Bremer Jüd:innen in das Ghetto Minsk am 17. und 18.11.26 weitere Stolpersteine in Bremen verlegen wolle. In diesem Zusammenhang bitte der Verein um die Übernahme von Patenschaften für die neuen Stolpersteine, um das Gedenken an die Opfer zu unterstützen. Weitere Informationen seien über [die Internetseite des Vereins](#) verfügbar.
- Außerdem teilt die OAL mit, dass der Beirat Neustadt am [23.07.26 einen Beschluss zur Fortführung des Lücke-Projektes](#) gefasst habe. Das Bildungsressort habe hierzu eine Zwischenstandsmeldung übermittelt, wonach das Lücke-Projekt an den Standorten Buntentor und Haferkamp einmalig bis zum 31.12.26 verlängert sei; anschließend werde das Projekt beendet.
- Auch teilt die OAL mit, dass voraussichtlich am 19.09.26 von 15:00-20:00 Uhr auf den Treppen am Werdersee das Ganesha Chartuthi Fest der Deutsch-indische-Gesellschaft e.V. stattfinden werde.
- Zu guter Letzt berichtet die OAL von einem Umlaufbeschluss des Beirates Neustadt vom 02.07.26 der zur Veranstaltung einer Freiluftparty am Werdersee, die für den 11.07.26 geplant gewesen sei, gefasst worden sei. Der Beschluss lautet wie folgt:

„Beschluss: Der Beirat Neustadt legt fest, dass die Freiluftparty am Werdersee, die von [REDACTED] und [REDACTED] für den 11.07.2026 angemeldet wurde, nur unter folgenden einschränkenden Bedingungen stattfinden darf:

1. Die Freiluftparty muss spätestens um 2:00 Uhr am 12.07.26 enden, und die Gesamtdauer der Party darf 8 Stunden nicht überschreiten (18:00 – 02:00 Uhr).
2. Während der Zeiten des Auf- und des Abbaus darf Musik lediglich in Zimmerlautstärke abgespielt werden.
3. Ab 24 :00 Uhr ist der Basspegel auf eine lärmschutzgerechte Lautstärke zu reduzieren, sodass insbesondere tieffrequente Belastungen minimiert werden.

Begründung: Das Ordnungsamt und die Polizei werden gebeten die Regelungen und Einschränkungen zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die die Bürger:innen vor der Lärmbelastung durch die Musik- / Bassbeschallung schützen. Die Beschwerdelage der letzten beiden Freiluftpartys nimmt der Beirat zum Anlass diese Einschränkungen für die Freiluftparty am 11.07.26 zu beschließen.“ (einstimmig)

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Ein Mitglied des Regionalausschusses Klinikum Links der Weser teilt mit, dass am 29.06.26 eine Klausur des Ausschusses stattgefunden habe. Hier sei die bisherige Arbeit des Ausschusses reflektiert worden. Die Zusammenarbeit mit den Vertreter:innen der Kliniken und des Gesundheitsamtes wird als wertschätzend und offen beschrieben, jedoch zeige sich Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen. Das entstandene Gesundheitszentrum decke die medizinische Versorgung bislang nicht in ausreichendem Umfang ab, sodass weiterer Handlungsbedarf bestehe. Der Ausschuss werde die Empfehlung aussprechen, diesen über die Legislatur hinaus, fortzuführen.

Das nächste ordentliche Treffen sei für den 10.09.26, 18:00 Uhr im Bürgerhaus Obervieland geplant.

[Die Einladung kann hier abgerufen werden.](#)

TOP 4. Vorstellung SASJI zum Übergangwohnheim Häschenstraße

Dr. Petra Kodré, Abteilungsleitung Soziales, und Tobias Lehr, Referatsleiter für Zuwanderungsangelegenheiten, beide von SASJI, berichten einleitend von den bisherigen Planungen zur Einrichtung des Übergangwohnheimes. Sie führen aus, die Unterbringungssituation geflüchteter Menschen in Bremen gestalte sich weiterhin angespannt, wenn auch anders als in den Vorjahren. Sie betonen, dass es große Schwierigkeiten gebe, geeigneten Wohnraum auf dem regulären Wohnungsmarkt zu finden, weshalb kommunale Einrichtungen geschaffen werden müssten. Eine Zusammenarbeit mit der Caritas sei geplant. In dem Gebäude in der Häschenstraße könnten etwa 40 Apartments für maximal 190 Personen bereitgestellt werden. Es lasse sich nicht steuern, wie viele Menschen aus anderen Ländern zuwanderten, Bremen habe jedoch einen gesetzlichen Unterbringungsauftrag und müsse etwa 1 % der Geflüchteten aufnehmen, die in Deutschland ankämen. In allen Stadtteilen werde nach zentralen Quartieren gesucht, die eine gute Integration ermöglichen. In den Einrichtungen werde mit sozialen Trägern zusammengearbeitet und man stelle ausreichend Personal zur Begleitung der Integration, etwa durch Hilfe bei der Anmeldung in Schulen, Anmeldung bei Sprachkursen, Hilfe bei der Antragstellung für Sozialhilfe, zur Verfügung.

Ein Mitglied der FDP kritisiert die späte Einbindung des Beirats und fragt nach dem geplanten Starttermin sowie nach Erfahrungen mit dem Zusammenleben verschiedener Kulturen. Sie betont, dass Integration über reine Unterbringung hinausgehen müsse.

Ein SPD-Mitglied schließt sich der Kritik an, äußert Bedenken zur Wohnungsgröße und würdigen Unterbringung, fragt nach Spielmöglichkeiten für Kinder und bittet um Erläuterung der Sozialverträglichkeitsprüfung.

Frau Kodré und Herr Lehr antworten, dass der Start frühestens Mitte bis Ende 2027 möglich sei, abhängig von der Baugenehmigung. Die Unterbringung solle dezentral erfolgen, die Neustadt liege mit der neuen Unterkunft im stadtweiten Durchschnitt. Die Wohnungen seien unterschiedlich groß, mit etwa 12,5 qm pro Person, und für Kinder sei eine Außenfläche mit Spielplatz vorgesehen. Die Sozialverträglichkeit werde durch öffentlich einsehbares Monitoring geprüft, die Betreuung erfolge mit 1,25 Stellen pro 100 Personen, ergänzt durch Ehrenamtliche. Und die Informationspolitik im Hause solle künftig verbessert werden.

Die [unter TOP 2 genannte Petentin](#) und ein Mitzeichner fordern, die Anwohnerschaft stärker in die Planungen einzubeziehen, die Belegungszahl deutlich zu reduzieren und prüfen zu lassen, ob eine gemischte Belegung mit Studierenden und Geflüchteten möglich sei. Sie betonen die Notwendigkeit transparenter Kommunikation, die Berücksichtigung von Anwohnerinteressen und die Einhaltung anerkannter Qualitätsstandards.

Der BS erklärt, die Kritik werde ernst genommen, weist aber darauf hin, dass die Priorisierung der Themen von öffentlichem Interesse in der Verantwortung des Beirates liege.

Ein Mitglied der Linksfraktion unterstützt das Konzept der Behörde und hebt hervor, dass Kritik nicht auf Kosten der Geflüchteten ausgetragen werden dürfe.

Zwei Mitglieder von FDP und BSW äußern Bedenken hinsichtlich der vorhandenen Integrationsressourcen im Stadtteil und erkundigen sich nach der Zahl der für die Betreuung eingesetzten Sozialarbeiter:innen.

Herr Lehr betont, dass bislang kein systematisches Drogenproblem in Geflüchtetenunterkünften bestehe und die Betreuung vorrangig durch kommunale Träger sowie Ehrenamtliche erfolge. Frau Kodré verweist auf die positiven Erfahrungen mit ähnlichen, teils größeren Einrichtungen in Bremen und bietet der Petentin an, sich bestehende Übergangswohnheime anzuschauen.

Mehrere Bürger:innen stellen Nachfragen zur geplanten Einrichtung. Sie erkundigen sich, wer konkret im Übergangswohnheim untergebracht werden solle, wie die Zusammensetzung der Bewohner:innen aussehe und wie lange diese voraussichtlich dort leben würden. Es wird nachgefragt, wie die Betreuung und Integration, insbesondere angesichts sprachlicher Vielfalt, sichergestellt werden könne und wie viele Sozialarbeiter:innen vor Ort tätig seien. Weitere Fragen betreffen die bauliche Gestaltung und den Umbau des Gebäudes, die Größe und Ausstattung der Wohnungen, die Verfügbarkeit von Kita- und Schulplätzen sowie die Integration in das Quartier. Auch die Auswirkungen auf den Immobilienwert, die Sicherheit im Umfeld und die Rolle ehrenamtlicher Unterstützung werden thematisiert.

Frau Kodré und Herr Lehr antworten, dass eine heterogene Gruppe aus Alleinreisenden sowie kleinen und großen Familien untergebracht werden solle, wobei etwa 35 % Minderjährige seien. Die Aufenthaltsdauer liege im Schnitt bei ein bis zwei Jahren, abhängig von der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Betreuung erfolge durch einen Personalschlüssel von 1,5 bis 2 Stellen pro 100 Personen, ergänzt durch ehrenamtliche Unterstützung. Bei sprachlichen Herausforderungen werde auf Sprachmittler zurückgegriffen. Das Gebäude werde aufgestockt und erweitert, um ausreichend Wohnraum zu schaffen, und ein Innenhof mit Spielplatz sei vorgesehen. Die Integration erfolge durch die enge Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen, die Vermittlung in Schulen, Kitas und Integrationskurse sowie durch gezielte Unterstützung beim Spracherwerb. Bei Engpässen bei Kita-Plätzen werde auf mobile Betreuung und ehrenamtliche Angebote zurückgegriffen. Die Erfahrungen mit ähnlichen Einrichtungen in Bremen seien überwiegend positiv, größere Probleme seien bislang nicht aufgetreten. Ein Tag der offenen Tür und weitere Austauschformate seien geplant, um die Nachbarschaft einzubinden.

Ein Mitglied der SPD äußert Verständnis für die Bedenken der Nachbarschaft, betont jedoch, dass Geflüchtete im Stadtteil bislang kaum aufgefallen seien, und ermutigt, sich bei Problemen an den Beirat zu wenden.

Der BS bedankt sich für die sachliche Debatte und regt an, SASJI nach Erteilung der Baugenehmigung sowie vor der Eröffnung des Übergangwohnheimes erneut einzuladen, um die weiteren Planungen vorzustellen. Er betont, dass der Beirat die nächsten Schritte unterstütze.

TOP 5. Beschlussfassung zu Freiluftpartys

[Zu diesem TOP liegt ein BV des BS vor.](#)

Der BS erläutert zum Ursprung des BV, dass nach zahlreichen Beschwerden über Freiluftpartys am Werdersee im Sommer ein Kompromiss gefunden werden müsse, um dort nicht alle Veranstaltungen zu untersagen, dennoch davon ausgehende Lärmbelästigungen für die umliegenden Anwohner:innen zu reduzieren.

Ein BM von DIE LINKE äußert Bedenken gegenüber Einschränkungen, betont jedoch die erhebliche Lärmbelästigung und die zunehmende Bebauung auf der gegenüberliegenden Seite.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion begrüßt die Beschlussfassung und verweist darauf, dass seine Fraktion einen entsprechenden Vorschlag bereits vor Monaten eingebracht habe. Er betont, dass die Auswirkungen in der nächsten Saison beobachtet werden müssten.

Beschluss: Der Beirat Neustadt legt fest, dass eine Freiluftparty am Werdersee nur unter folgenden einschränkenden Bedingungen stattfinden darf:

1. Die Freiluftparty muss spätestens um 02:00 Uhr am Folgetag enden, und die Gesamtdauer der Party darf 8 Stunden nicht überschreiten.
2. Während der Zeiten des Auf- und des Abbaus darf Musik lediglich in Zimmerlautstärke abgespielt werden.
3. Ab 24 :00 Uhr ist der Basspegel auf eine lärmschutzgerechte Lautstärke zu reduzieren, sodass insbesondere tieffrequente Belastungen minimiert werden.

Begründung:

Das Ordnungsamt und die Polizei werden gebeten die Regelungen und Einschränkungen zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die die Bürger:innen vor der Lärmbelastung durch die Musik- / Bassbeschallung schützen. Die Beschwerdelage der letzten beiden Freiluftpartys nimmt der Beirat zum Anlass für diese Einschränkungen bei Freiluftpartys am Werdersee. (mehrheitlich, bei einer Gegenstimme)

TOP 6. Stadtteilbudget Verkehr: Instandsetzung Piepe

Zu dieser Thematik liegt bereits ein [gemeinsamer BV mehrerer BM](#) vor.

Die OAL leitet ein, dass seit ein paar Monaten regelmäßig Runde Tische einerseits mit Behördenvertreter:innen der unterschiedlichen Ressorts und andererseits mit Anwohner:innen und der Petentin stattfinden würden, um die Situation vor Ort fachkundig zu beraten und Lösungen zu erarbeiten. Daraus sei u.a. die Grundlage für den heute beratenen BV entstanden.

Die [unter TOP 2 genannte Petentin](#) schildert, dass sich die Situation rund um den Szenetreffpunkt „An der Piepe“ für Anwohner:innen und Gewerbetreibende massiv verschärft habe. Sie fordert die Auflösung des Szenetreffs, die Prüfung alternativer Standorte für Hilfsangebote außerhalb reiner Wohngebiete sowie eine nachhaltige Entlastung des Quartiers. Zudem kritisiert sie die Entscheidung, einen festen Unterstand einzurichten, und fordert eine offene Prüfung alternativer Lösungen.

Mehrere Bürger:innen berichten von zunehmender Unsicherheit, Belästigungen, Bedrohungen und einer Verschlechterung der Lebensqualität im Quartier. Sie schildern konkrete Vorfälle, wie Angriffe auf Beschäftigte, Einbrüche, Vermüllung und offene Drogenkriminalität, und fordern mehr Schutz und Unterstützung.

Der BS betont, dass die Problematik bekannt sei und der Beirat gemeinsam mit Behörden an Lösungen arbeite. Er verweist darauf, dass eine einfache Räumung zu einer unkontrollierten Verteilung der Szene im Stadtteil führen würde und daher ein schrittweises Vorgehen notwendig sei. Ziel sei es, die Situation vor Ort für alle zu verbessern.

Ein BM mit Sitz der FDP unterstreicht, dass es auch für suchtkranke Menschen einen Platz geben müsse und äußert Bedenken über die von den Bürger:innen angemerkte mangelnde Polizeipräsenz bei Vorfällen.

Hierzu erklärt die OAL, dass die Polizei die Sicherheitslage regelmäßig bewerte und priorisiere und es daher zu Verzögerungen bei Einsätzen kommen könne. Er kündigt einen Besuch der Innensenatorin in der Beiratssitzung im Dezember an.

Ein Mitglied der SPD spricht sich für eine Verschiebung der Entscheidung bis zum Abschluss des Petitionsverfahrens aus, sieht aber auch das Interesse an einem Beschluss. Die SPD enthalte sich, da die Situation komplex sei und die Menschen im Prozess noch nicht ausreichend mitgenommen worden seien. Unabhängig einer Beschlussfassung bleibe der Beirat mit den Bürger:innen im Gespräch und versuche weiterhin konstruktive Lösungen für die diskutierte Problematik zu finden.

Weitere Bürger:innen äußern Sorgen über die Auswirkungen auf den Fortbestand der Notaufnahme, fordern mehr Sozialarbeit und kritisieren die Belastung durch Beschaffungskriminalität. Es wird der Wunsch nach langfristigen Lösungen und einer besseren Einbindung der Anwohnerschaft geäußert.

Der BS stellt klar, dass der Beirat auch nach dem Beschluss weiter an der Thematik arbeiten werde, da es noch viel Handlungsbedarf gebe, um eine optimale Situation für alle herzustellen.

Beschluss:

1. Der Beirat Neustadt stellt dem Umweltbetrieb Bremen (UBB) Mittel in Höhe von bis zu 20.700 Euro aus dem Stadtteilbudget für die Beschaffung und Installation der abgestimmten Sitzkombinationen für den Standort an der Piepe zur Verfügung.
2. Der Beirat begrüßt die Zusage der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die flankierenden Maßnahmen (Tiefbauarbeiten, Müllbehälter sowie die Errichtung eines Stabgitterzauns) aus eigenen Mitteln zu finanzieren, und fordert deren schnellstmögliche Umsetzung.
3. Der Beirat stellt klar, dass der Aufenthaltsort durch diese baulichen Maßnahmen räumlich strikt definiert und ausschließlich auf die direkt einsehbare Fläche neben dem Kiosk begrenzt wird.
4. Der Beirat fordert die Senatorin für Inneres und Sport sowie die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, die Wiederherstellung des Platzes zwingend durch eine engmaschige Präsenz von Polizei und Streetwork zu flankieren, um Platzregeln durchzusetzen und eine Ausbreitung der Szene in das Quartier zu verhindern.

Begründung: Der Beirat Neustadt hat sich intensiv mit der Situation an der Piepe auseinandergesetzt. Auf Initiative des Beirates fand ein Runder Tisch statt, an dem auch die Petent:innen der Petition S 21-334 sowie Anwohner:innen teilnahmen. Der Beirat nimmt die dort und im Nachgang sehr deutlich geäußerten Ängste, die Unzufriedenheit mit den behördlichen Lösungsansätzen sowie die geschilderten massiven ordnungs- und sicherheitsrechtlichen Vorfälle im Quartier ernst.

Dennoch sieht der Beirat zur geplanten Wiederherstellung des Platzes keine realistische Alternative. Die Räumung der Fläche im Frühjahr 2026 hat die grundlegenden Probleme nicht gelöst. Im Gegenteil: Sie hat dazu geführt, dass sich die Szene noch weiter unkontrolliert in angrenzende Bereiche des Quartiers verlagert hat. Dadurch wurden sowohl die sicherheitspolitische Kontrolle als auch die mögliche Erreichbarkeit durch die Straßensozialarbeit erheblich erschwert. Eine bloße Verdrängungspolitik ist nachweislich nicht zielführend.

Die Wiederherstellung der Fläche ist daher kein Zugeständnis an die Szene, sondern das zwingend notwendige Instrument, um ordnungspolitische Steuerung überhaupt erst wieder zu ermöglichen.

Und so auch diesen Menschen ihren Platz in der Neustadt zurückzugeben, und den Platz kontrollierbar zu machen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei der von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft finanzierte Zaun. Dieser schneidet den toten (also nicht einsehbaren) Winkel hinter dem denkmalgeschützten Gleichrichterwerk ab. Durch den Zaun und die neuen Sitzmöbel wird der Treffpunkt zwingend auf den Bereich direkt neben dem Kiosk konzentriert. Dort ist die Fläche voll einsehbar.

Dem Beirat ist bewusst, dass bauliche Maßnahmen allein keine Lösung darstellen. Die finanzielle Beteiligung des Beirates aus dem Stadtteilbudget ist daher untrennbar mit der Erwartung an den Senat verbunden, dass der neu geordnete Platz vom ersten Tag an durch Polizei, Ordnungsdienst und aufsuchende Sozialarbeit engmaschig kontrolliert und betreut wird. Nur wenn die neuen räumlichen Grenzen und Platzregeln konsequent durchgesetzt werden, kann die Situation für das Gewerbe, die Anwohnerschaft und die obdachlosen und suchtkranken Menschen nachhaltig beruhigt werden. (einstimmig, bei vier Enthaltungen)

TOP 7. Verschiedenes

- ./.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung